

Südkoreas Innenpolitik 1998/99: Schwerpunkte und Tendenzen

Manfred Pohl

1 Ein Jahr Präsidentschaft Kim Dae-jung

Am 25. Februar 1998 hatte Präsident Kim Dae-jung sein Amt angetreten. Der ehemalige, hart verfolgte Oppositionspolitiker begann seine Amtszeit mit einer Vision: Er wollte mit der „Sonnenscheinpolitik“ einer offensiven, aber flexiblen Annäherung an den nördlichen Nachbarn, das Verhältnis zum verfeindeten Nordkorea entkrampfen und das Nebeneinander der beiden koreanischen Staaten in ein Miteinander verwandeln. Aber Kim konnte seine Amtszeit nicht als Präsident der Versöhnung beginnen: Die Führung in Nordkorea begegnete seinen Angeboten mit noch schärferer Ablehnung als zu Zeiten des Vorgängers Kim Young-sam - und vor allem zwang die südkoreanische Wirtschaftskrise Kim Dae-jung gänzlich andere politische Prioritäten auf. Zugleich mußte sich der Präsident mit einer Minderheitsregierung seiner Koalition durchsetzen, eine Konstellation, die seiner Amtsführung ein Höchstmaß an innenpolitischem Taktieren abverlangte. Die Probleme in der Innenpolitik waren dabei enorm: Minuswachstum, drastisch steigende Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Blockadetaktilik der parlamentarischen Oppositionsmehrheit waren dazu angetan, den Präsidenten innenpolitisch zu zermürben. Dennoch drängten sich die außenpolitischen Herausforderungen in den Vordergrund, zumal sie unmittelbare innenpolitische Konsequenzen hatten, z.B. die strengen Vorgaben des IWF. So war das erste Amtsjahr Kim Dae-jungs ein Jahr mit außenpolitischen Prioritäten, wobei die Innenpolitik zwangsläufig zurückstehen mußte.

Schon kurz nach der Wahl, als erste Maßnahme noch vor dem offiziellen Beginn seiner Amtszeit, packte Kim Dae-jung das Problem der Auslandsverschuldung an; ein Sonderausschuß zur Wirtschaftspolitik sollte Lösungsvorschläge erarbeiten, die von der Vorgängerregierung Kim Young-sams, die nicht selten als „lahme Ente“ verspottet wurde, verschleppt worden waren (Chi Don-wok, „Kim Dae-jung seiken no kono ichinen“ [Ein Jahr Regierung Kim Dae-jung], in: *Chûô kôron*, 3/1999, S.138-148, hier: S.139; zit. fortan: Chi 1999). Es folgten gezielte Maßnahmen gegenüber der internationalen Finanzwelt sowie den politischen und wirtschaftlichen Akteuren in Südkorea. Kim drängte in Gesprächen mit den Präsidenten der fünf größten Unternehmenskonglomerate (korean. *chaebôl*) auf tiefgreifende Strukturreformen und suchte den Dialog mit den Gewerkschaften. Stellvertretend für die Akteure auf den internationalen Finanzmärkten hatte Kim mit US-Finanzier George Soros ein Gespräch, in dem er um Unterstützung bat; schließlich wurde der IWF um Soforthilfe gebeten. Die Bedingungen, die der IWF für diese Hilfe stellte, leiteten eine zögernde Umstrukturierung der südkoreanischen Wirtschaft ein: verstärkte

Transparenz in der Verwaltung, Strukturreform des Finanzsektors, beginnende Entflechtung der *chaebôl*, zunehmende Flexibilisierung der Arbeitsmärkte waren nur einige der wichtigsten Konsequenzen. Übernahmen von Unternehmen in Südkorea durch ausländische Bewerber wurden möglich, so gelangten zwei der größten Banken (Seoul Bank und Korea First) in ausländisches Mehrheitseigentum. Innerhalb eines Jahres schlossen fünf andere Banken, acht fusionierten und vier wurden verkleinert, die Gesamtzahl der Banken sank von 26 auf 17, einige Wertpapierhäuser und Versicherungsgesellschaften verschwanden vom Markt. In den *chaebôl*-Gruppen wurden die gegenseitigen Garantien von Verbindlichkeiten verboten und die Überkreuzbeteiligungen stark eingeschränkt, die Trennung von Eigentum und Unternehmensführung wurde im Ansatz verschärft. Schließlich drängte die Regierung die *chaebôl*, sich von unternehmerischen Randbereichen zu trennen und sich auf Kernbereiche zu konzentrieren. Ausländische Beobachter blieben hinsichtlich der Erfolge solcher Entflechtungsbemühungen skeptisch; die wirklich großen Unternehmensgruppen widersetzten sich hartnäckig und wirkungsvoll den Vorstellungen der Regierung. Im Juni 1998 erklärte die Regierung 55 *chaebôl* für nicht mehr zu retten und verbot neue Kredite an diese Unternehmen. Drei Monate später arbeitete mehr als die Hälfte dieser „unrettbaren“ Unternehmen immer noch, während sie angeblich nach Partnern und Umschuldungsmaßnahmen suchten. Die fünf größten *chaebôl*, die sich auf Kernbereiche konzentrieren sollten, führten keineswegs Strukturreformen durch, weder wurde umgeschuldet noch wurden Überkapazitäten abgebaut (vgl. dazu anlässlich einer TV-Presskonferenz Kims „Future Perfect. The facts may undermine Kim's rosy forecast“, in: *Far Eastern Economic Review/FEER*, 8.10.98: 101; „Industrial Restructuring Still Far Short of Completion“, in: *Korea Focus* 6, 6, Nov-Dec 1998, S.126-128).

1998 war für die südkoreanische Wirtschaft das schlechteste Jahr seit dem Korea-Krieg: Es war ein Minuswachstum von 5% zu verzeichnen, die Auslastung der Unternehmen in der verarbeitenden Industrie sank auf 60%, die Investitionstätigkeit ging gegenüber 1997 um 46% zurück. Ein hoher Preis im Inneren, aber belohnt durch international verbesserte Wertungen: Moody's stufte im Dezember 1998 Südkorea von Ba 1 auf Baa 1 (d.h. von „ungenügend“ auf „genügend“) hoch, die Rating-Agentur S&P setzte die Bonitätsbewertung der südkoreanischen Regierung im Januar 1999 von „stable“ auf „positive“ hinauf (Chi 1999: 140).

1.1 Gewerkschaften gegen Strukturreformen

Das Wohlergehen der Gewerkschaften wurde durch die gesetzliche Zulassung politischer Aktivitäten der Arbeitnehmerverbände und der Genehmigung zur Bildung von Lehrgewerkschaften erkauft, so daß für Unternehmen jetzt theoretisch betriebsbedingte Kündigungen möglich wurden, ohne mit sofortigem massiven Widerstand der Gewerkschaften rechnen zu müssen. Allerdings verzichteten die meisten betroffenen Unternehmen auf umfassenden Personalabbau aus Furcht vor der mili-

tanten Haltung der meisten Gewerkschaften. Der spektakulärste Versuch, Entlassungen vorzunehmen, ereignete sich im August, als Hyundai Motor erst 10.000, dann wenigstens 1.538 Mitarbeiter entlassen wollte, anfangs unter dem Druck der Regierung (!) die Zahl drastisch reduzierte, später unter Drohungen der Hausgewerkschaften aber nur 277 freisetzen konnte, nachdem ein Streik über einen Monat die gesamte Produktion lahmgelegt hatte (Chi 1999: 145). Von den Entlassenen arbeiteten 167 in der Cafeteria. Der Streik kostete Hyundai ca. 700 Mio. US\$, zahlreiche Subkontraktunternehmen mußten wegen des Streiks aufgeben und schließen. Die Auseinandersetzungen endeten erst, als die Regierung durch Arbeitsminister Lee Ki-ho intervenierte, ein Schritt, der vor allem seitens ausländischer Unternehmen in Korea auf scharfe Kritik stieß und der Glaubwürdigkeit Südkoreas geschadet hat („Controversial Settlement of Hyundai Labor Dispute“, *Hankook Ilbo*, in: *Korea Focus* 6, 5, Sept-Oct 1998, S.136-137). Die Regierung habe sich dem Druck der militanten Gewerkschaften gebeugt und damit weitere Maßnahmen zum Personalabbau vereitelt, hieß es. Nach Beilegung des Streiks beeilte sich die Regierung zu versichern, man werde nicht wieder in einen Arbeitskampf eingreifen, der Hyundai-Streik aber habe die gesamte südkoreanische Wirtschaft bedroht (*Korea Herald/KH*, 29.8.98). In einem ironischen Schlußakkord lehnten die Mitglieder der Unternehmensgewerkschaft den Kompromiß schließlich doch ab, der auch unbezahlten, zweijährigen Urlaub für 1.261 Arbeiter vorsieht. 64,3% der Gewerkschaftsmitglieder verwarfen den Kompromiß, da aber die Gewerkschaftsführung zugestimmt hatte, war diese Ablehnung ohne bindende Kraft (*KH*, 2.9.98).

Die Arbeitslosenrate lag Ende 1998 bei 7,4% (1,58 Mio. Arbeitslose, meist aus Kleinunternehmen, die Zahl dürfte wahrscheinlich sogar eher bei 2 Mio. liegen; „Realistic Measures Needed for the Unemployed“, *JoongAng Ilbo*, in: *Korea Focus* 6, 5, Sept-Oct 1998, S.133-135), im Januar 1999 war sie offiziell auf 8,5% (1,762 Mio.) angestiegen, saisonbereinigt war allerdings ein Rückgang auf 7,7% (7,9%) zu verzeichnen (*Xinhua/XNA*, 26.2.99). Die Zahl von über zwei Millionen Arbeitslosen wird erreicht, wenn man die Unterbeschäftigten (Arbeitskräfte, die weniger als 19 Stunden pro Woche arbeiten) und jene hinzurechnet, die es aufgegeben haben, nach Arbeit zu suchen. Das Korea Labor Institute geht davon aus, daß von ca. 260.000 Universitäts- und Schulabsolventen 1999 nur 50.000 einen Arbeitsplatz finden. Die fünf größten *chaeböl* haben in den ersten neun Monaten 1998 über 63.000 Arbeitsplätze abgebaut und werden auch 1999 weiter Personal verringern (*KH*, 1.12.98). Die Regierung versucht zwar, eine gewisse soziale Absicherung der Arbeitslosen zu erreichen, 4 Billionen Won (ca. 6,5 Mrd. DM) wurden für soziale Sicherheit bereitgestellt, aber diese Rücklagen werden als unzureichend eingeschätzt, überdies hat nur etwa die Hälfte der Arbeitslosen Ansprüche auf Leistungen aus diesem Fonds („Trouble upon trouble for Kim“, in: *Economist*, 29.8.98: 57). Kritiker werfen dem Präsidenten vor, daß er in seiner Politik gegen die wachsende Arbeitslosigkeit nicht differenziert vorgeht; es gibt vier Typen von Arbeitslosen, auf deren spezifische Probleme unterschiedlich reagiert werden muß: 1. arbeitslose Tagelöhner (vor allem auf Baustellen), 2. entlassene Büroangestellte von Banken und Finanzinstituten, die

schließen mußten oder übernommen wurden, 3. arbeitslose Beschäftigte aus der verarbeitenden Industrie und 3. beschäftigungslose Jugendliche, die nach dem Universitätsabschluß keine Anstellung finden. Das Arbeitsministerium, dem jetzt die gesamte Last einer Lösung zufällt, ist auf die Bewältigung des Arbeitslosenproblems nicht vorbereitet. Noch vor wenigen Jahren herrschte praktisch Vollbeschäftigung auf dem koreanischen Arbeitsmarkt, so daß die Bürokratien des Ministeriums keine Instrumente gegen wachsende Beschäftigungslosigkeit entwickeln mußten; die Gewerkschaften auf der anderen Seite befaßten sich mit Arbeitskämpfen und nicht mit Arbeitsmarktpolitik, Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Die koreanische Gesellschaft ist auf das Phänomen Arbeitslosigkeit nicht vorbereitet und reagiert verstört: Gegenwärtig wird der Verlust des Arbeitsplatzes als persönliche Schande empfunden. Es sollte Konsens hergestellt werden, daß der Arbeitsmarkt mehr Flexibilität erhalten muß, und hier tragen auch die militanten Gewerkschaften große Verantwortung („Realistic Measures Needed for the Unemployed“, *JoongAng Ilbo*, in: *Korea Focus* 6, 5, Sept-Oct 1998, S.133-135).

Das Jahr 1999 begann für Kim mit verschärfter Konfrontationspolitik der Gewerkschaften: Im Februar verließen militante Gewerkschaftsvertreter ein Komitee aus Arbeitnehmervertretern, Unternehmensvertretern und Regierungsmitgliedern, die Lösungen für das wachsende Arbeitslosenproblem und die soziale Sicherung ausarbeiten sollten. Anfang 1998, kurz nach Gründung, hatte die Arbeit des Komitees einen ersten Erfolg: Auf der Grundlage der Vorschläge des Gremiums wurde ein neues Arbeitsgesetz erlassen, das erstmals auch Entlassungen in größerem Umfang ermöglichte. Die Vertreter der Korean Confederation of Trade Unions (KCTU), die insgesamt 550.000 Mitglieder in hunderten von Einzelgewerkschaften vertritt, sahen ihre Position in dem Komitee nicht ausreichend gewürdigt. Der Austritt der KCTU und die Ankündigung der Gewerkschafter, einen „Kampf auf ganzer Front“ zu beginnen, mußte ausländische Investoren verunsichern und diente reformunwilligen *chaebôl*-Bossen als willkommener Vorwand, Umstrukturierungen in den Unternehmensgruppen zu verzögern. Das Komitee war seit Dezember 1998 nicht mehr zusammengesetreten, da auch der größte Gewerkschaftsverband FKTU (Federation of Korean Trade Unions) seine Mitarbeit unterbrochen hatte. Die leicht verbesserte Wirtschaftslage erleichterte es den radikalen Gewerkschaften, zu vereinzelt Streikaktionen zu greifen, da sie nicht mehr die heftige öffentliche Kritik des Vorjahres befürchten mußten (*Asian Wall Street Journal/AWSJ*, 25.2.99). Andererseits fehlte militanten Aktionen noch immer die breite Sympathie, die lange Arbeitsniederlegungen ermöglicht hätten (*AWSJ*, 1.3.99; Yonhap, engl. 24.2.99, in: SWB, 25.2.99). Dennoch konnten sich die Gewerkschaften bei ihrem Kampf gegen Umstrukturierungen und Entlassungen auf breite Rückendeckung verlassen, denn die Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes geht um in Korea. Das Frühjahr 1999 begann mit militanten Aktionen der Gewerkschaften und zwang den Präsidenten, mit harten staatlichen Maßnahmen zu drohen. Diese Drohung war ernst zu nehmen, da die Regierung nach ihrer Zwangsintervention im Hyundai-Streik vor allem gegenüber ausländischen Investoren Standfestigkeit beweisen mußte. Angesichts eines

erwarteten Abbaus von 20% der Arbeitsplätze bei der U-Bahn von Seoul legten die Bediensteten der Verkehrsbetriebe ihre Arbeit nieder, aber die Drohung der Stadtverwaltung - gedeckt durch die Zentralregierung - mit sofortiger Entlassung beendete den Streik; er war ohne Einhaltung der vorgeschriebenen 15tägigen Abkühlungsperiode ohnehin illegal. 43 führende Streikakteure wurden fristlos entlassen, daraufhin sagten die Gewerkschaft der südkoreanischen Telecom und mehrere Metallgewerkschaften ihre geplanten Streiks ab. Die Ziele der beiden großen Gewerkschaftsverbände für 1999 sind klar: Sie wollen mehr Teilzeitarbeit und eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 44 auf 40 Stunden (bei vollem Lohnausgleich), um Entlassungen zu vermeiden. Zugleich aber kämpfen die Gewerkschaften auch um sehr eigennützige Ziele: Die Unternehmen sollen auch weiterhin die Gehälter der Funktionäre zahlen, eine Regelung, die von 2002 an gesetzlich verboten sein wird („South Korea's workers return to the streets“, in: *Economist*, 1.5.99: 57-58).

1.2 Keine Reform des Regierungssystems

Der radikale Gewerkschaftsverband KCTU will bis spätestens Juni 1999 eine eigene linke Partei gründen, die sich auf die parteiähnliche Gruppierung „Volkssieg 21“ aus den Präsidentenwahlen von 1997 stützen soll. Damals erzielte der Kandidat des „Volkssiegs“ gerade einmal 1,2% der Stimmen, und viele Beobachter geben einer solchen linken Partei keine Chance. Aber eine Umfrage im Auftrag des „Volkssiegs“ scheint anzudeuten, daß ca. 24% der Wähler in den Parlamentswahlen vom April 2000 doch einer solchen Partei ihre Stimme geben würden, wenn ein Kabinettsystem nach deutschem Vorbild eingeführt würde - eben die Forderung Kim Jong-pils (*Newsreview*, 10.4.99: 10). Einer solchen Strukturänderung aber hatte Präsident Kim bereits im Dezember 1998 eine deutliche Absage erteilt: Solange die Wirtschaftskrise nicht vollständig überwunden sei, könne man nicht an die Einführung eines Kabinettsystems denken, sagte er auf einer Jahresabschlußfeier seiner Partei. Selbst Sympathisanten des Präsidenten und seines NCNP mußten hier einen Bruch seines Versprechens während des Wahlkampfes 1997 und der Koalitionsvereinbarung mit der ULD konstatieren (Chi 1999: 143). Die Glaubwürdigkeit des Präsidenten steht auf dem Spiel: Koreas Wähler hatten ihm größtenteils verziehen, als er sein Versprechen brach, niemals wieder in die Politik zurückzukehren (nach der Niederlage in der Präsidentenwahl 1987); jetzt aber steht er mit dem öffentlichen Versprechen im Wort, die Regierungsform auf ein Kabinettsystem umzustellen (*Gendai Korea* 1, 2/1999: 3). Aber seine Partei steht hinter ihm: Im Januar bekräftigten NCNP-Führer, daß eine Änderung der Regierungsform nicht auf der Tagesordnung sei (Yonhap, engl., 18.1.99, in: SWB, 19.1.99). Schließlich einigten sich NCNP und ULD darauf, „die Gespräche fortzusetzen“; einer durchaus denkbaren Fusion beider Parteien wurde eine Absage erteilt, aber allein die Tatsache, daß davon gesprochen wurde, legt diesen Schritt in Zukunft nahe (Yonhap, engl., 11.1.99, in: SWB, 12.1.99). Gerade eine Direktive des Präsidenten fachte die Gerüchte an: Er hatte seinen Beratern

und Funktionären des NCNP nachdrücklich „empfohlen“, keine Äußerungen zu einem möglichen Zusammenschluß beider Parteien zu machen; folglich dementierten Sprecher des Präsidenten und seiner Partei heftig alle Vereinigungspläne (Yonhap, engl., 20.1.99, in: SWB, 22.1.99).

Die Zeit drängt, um Reformen im Regierungssystem noch vor den Parlamentswahlen 2000 umzusetzen: Wenn das Kabinettsystem nicht bis zum Juni 1999 auf den Weg gebracht ist, droht das gesamte Reformprojekt zu scheitern, denn in der zweiten Jahreshälfte 1999 wird der parlamentarische Entscheidungsprozeß weitgehend zum Erliegen kommen, da sich alle Politiker auf den Wahlkampf vorbereiten. Die Einführung eines parlamentarischen Kabinettsystems wird weitreichende Auswirkungen auf Parteistrukturen, parlamentarische Prozesse und nicht zuletzt auf die Finanzierung von Politik (d.h. politische Spenden) haben. Letztlich steht die Glaubwürdigkeit des Präsidenten und seiner Regierungskoalition auf dem Spiel (Huh Young, „Little Time Left for Political Reform“, in: *Korea Focus* 7, 1, Jan-Feb 1999, S.56-61, hier: 58; zit. fortan: Huh 1999) Auch Lee Hoi-chang von der oppositionellen Grand National Party (Hannara-dang, GNP) sprach sich im September 1998 für ein Kabinettsystem aus, Beobachter werteten diesen Vorstoß aber eher als einen Versuch, von seinen Schwierigkeiten als Oppositionsführer abzulenken (KH, 7.9.98). Mit Beginn des Jahres 1999 scheint sicher zu sein, daß die Reformen nicht mehr rechtzeitig vor den Wahlen durchgesetzt werden können, zu viele Aufgaben sind zu bewältigen: Reduzierung der Zahl der Mandate von 299 auf 250 oder besser 200, Aufwertung und qualifizierte Position für die Assistenten der Abgeordneten (d.h. keine Berufung von unqualifizierten Familienmitgliedern, die versorgt werden müssen), Einführung von Protokollen in den Ausschusssitzungen, die später der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können, mehr grundsätzliche Transparenz der parlamentarischen Arbeit unter Einbeziehung von Bürgergruppen; hinzu käme die gewaltige Aufgabe, die traditionellen Parteistrukturen zugunsten größerer innerparteilicher Demokratie zu reformieren, wirksame Kontrollen über die Methoden der Beschaffung politischer Gelder und schärfere Gesetze gegen die verbreitete Korruption zu entwickeln (diese Liste auszugsweise bei Huh 1999: 58-59).

1.3 Der Präsident auch weiter in der Kritik

Weitere Kritikpunkte an Kim Dae-jung: Fortgesetzter Regionalismus (jetzt mit einseitiger Bevorzugung der Region um die beiden Cholla-Provinzen), grassierende Korruption, illegale Abhöraktionen der Sicherheitsdienste usw. - innenpolitisch erhielt Kim die vernichtendsten Noten (*Newsreview*, 27.2.99: 7). Unter Kim Dae-jung vollzog sich - entgegen den Beteuerungen des Präsidenten - eine regionale Machtverschiebung von der sog. „TK“- und „PK“-Gruppe (d.h. Taegu/Nord-Kyongsang und Pusan/Süd-Kyongsang) hin zur „MK“-Gruppe, also Mokpo, Kwangju und die beiden Cholla-Provinzen. Kim versorgte Gefolgsleute aus seiner Heimat mit wichtigen Posten in der Regierung, vor allem aber in seiner unmittelbaren Umgebung, dem

Blauen Haus (Chong Wa Dae), und leistete damit dem grassierenden Regionalismus weiteren Vorschub (Chi 1999: 142). Dieser Eindruck verstärkte sich auch im Frühjahr 1999, als Kim eine umfassende Regierungsumbildung vornahm und wiederum wichtige Kabinettposten mit engen Vertrauten, also Cholla-Politikern, besetzte: Der frühere Präsidialsekretär für Wirtschaftsfragen, Kang Bong-kyung, erhielt das Doppelministerium für Wirtschaft und Finanzen, der Hardliner im Wiedervereinigungsministerium, Kang In-duk, wurde durch den Präsidentenberater in Nord-Süd-Fragen, Lim Dong-won, ersetzt, und der bisherige Pressesprecher des Präsidenten wurde neuer Kultur- und Tourismusminister; er wird für die Folgen der Öffnung des südkoreanischen Marktes für japanische Erzeugnisse der Populärkultur und für die gemeinsame Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2002 zuständig sein. Neuer Verteidigungsminister wurde der Vietnamveteran und ehemalige General Cho Seong-tae (*Süddeutsche Zeitung/SZ*, 25.5.99).

Auch die Massenmedien geraten anscheinend zunehmend unter den Einfluß von Journalisten aus der Cholla-Region, und das nicht ohne Zutun der Regierung. Für regierungsnahe Zeitungen und eine Nachrichtenagentur, die eng mit der Regierung verbunden ist, läßt sich die führende Stellung von Journalisten aus den Cholla-Provinzen leicht feststellen. Auch das nationale Fernsehprogramm KBS wird von einem Chefredakteur geführt, der aus Nord-Cholla stammt (er war zuvor bei der *Dong-A Ilbo*), der Kulturkanal MBC untersteht seit März 1999 einem Chefredakteur aus Kwangju (Süd-Cholla). Aber auch in den Herausgebergremien der beiden großen unabhängigen Tageszeitungen *Choson Ilbo* und *Dong-a Ilbo* finden sich zunehmend Journalisten aus den Cholla-Provinzen („Kim Dae-jung seiken masukomi shôaku ni zenryoku“ [Die Regierung Kim Dae-jung greift mit aller Macht nach den Massenmedien], in: *Gendai Koria*, 3/1999, S.2-3).

1.4 Kampf gegen die Korruption

Kim Dae-jung mußte von seinem Vorgänger ein weiteres, äußerst heikles Problem übernehmen: die Korruption im Staatsapparat. Zwar hatte Kim Young-sam den Kampf gegen die Korruption zu einer seiner Kernaufgaben deklariert, aber er war nach einigen Anfangserfolgen im Ergebnis gescheitert; allerdings konnte er einige wirkungsvolle Ansätze zu Säuberungen im Militär (Beschaffungswesen) machen. Im Oktober 1998 erklärte Kim Dae-jung der Korruption in mittleren und unteren Beamtenhierarchien (wieder einmal ...) den Krieg. Er forderte die Regierung auf, hier härter vorzugehen, da in den ersten acht Monaten seiner Amtszeit auf diesen Ebenen die Korruption nicht geringer geworden sei. Hauptgrund für die verbreitete Korruption in den unteren und mittleren Beamtenrängen sei der Wust von Vorschriften und Regularien, die von Beamten zur Erpressung von Zuwendungen ausgenutzt würden. Die Regierung hatte bereits zugesagt, ca. 10.000 Regularien abzuschaffen oder zu vereinfachen; gedacht ist auch an eine Regelung, nach der Vorschriften in einem bestimmten Zeitraum verfallen. Präsident Kim war ohnehin mit den Ergebnissen

seiner Reformbemühungen unzufrieden; Sprecher des Blauen Hauses nannten speziell die Unternehmensgruppen, die Staatsbürokratien und vage „konservative Gruppen“ als Blockierer einer Reformpolitik (*Newsreview*, 17.10.98: 11). Damit war Kims Regierung weit entfernt von einer Erfüllung der Forderungen, die er selbst zu Beginn 1999 noch einmal formuliert hat: „Effective, accessible public institutions are a necessary condition for stable growth ... Development in short, requires good governance, meaning open, transparent, accountable public institutions“ (Kim Dae Jung, James D. Wolfensohn, „Economic Growth Requires Good Governance“, in: *International Herald Tribune/IHT*, 26.2.99). Für den privaten Sektor verschärfte Kim seine Forderungen sogar: Das Argument, dynamisches Wachstum verlange ein gewisses Maß an Opferung von Transparenz und Rechenschaft, sei ein für allemal widerlegt: „Free markets cannot work behind closed doors“ (ebd.).

Das Ausmaß von Korruption auch in der Justiz wurde besonders deutlich durch Ereignisse in den ersten Monaten 1999. Nach einer wochenlangen Untersuchung entließ die Zentralstaatsanwaltschaft sechs Staatsanwälte; insgesamt hatten nach Erkenntnissen der Untersuchungsbehörden 25 Staatsanwälte und fünf Richter von einem einzelnen Anwalt entweder Bestechungsgelder angenommen oder waren von ihm üppig bewirtet worden. Generalstaatsanwalt Kim Tae-joung war den Tränen nahe, als er die Ergebnisse der Ermittlungen verkündete, er sprach von dem „beschämendsten Tag in der koreanischen Justizgeschichte“ (XNA, 1.2.99). Der Anwalt war „aufgeflogen“, nachdem ein Sekretär den Behörden Dokumente zugespielt hatte, auf denen Hunderte von Justizbeschäftigten aufgelistet waren, die dem Anwalt Klienten vermittelt hatten und dafür großzügig vergütet worden waren. Der verhaftete Anwalt gab zu, insgesamt 118 Mio. Won (ca. 200.000 DM) an etwa 100 Regierungs-, Gerichts- und Gefängnisangestellte gezahlt zu haben, die ihm zwischen 1994 und 1997 insgesamt 202 Klienten vermittelt hatten (ebd.). Viele Staatsanwälte sehen in dem Vorgehen gegen die Staatsanwaltschaft aufgrund des Bestechungsskandals eine politische Maßnahme, die sich gegen unliebsame Staatsanwälte richtet; insgesamt 150 Staatsanwälte haben gegen den Generalstaatsanwalt eine Petition eingereicht, in der sie seinen Rücktritt fordern - obwohl Präsident Kim sich hinter ihn gestellt hatte (*Neue Zürcher Zeitung/NZZ*, 4.2.99).

1.5 Geld regiert noch immer die Politik - Reformen nur halbherzig

Immer wieder ermittelten die Strafverfolgungsbehörden auch gegen korrupte Politiker, die ihre parlamentarische Position genutzt hatten, um Geld aus Unternehmen „abzuzweigen“. Entweder wandten sich diese Unternehmen aus eigener Initiative an die Politiker oder die politischen Bosse wandten Druck an - der Begriff Erpressung drängt sich auf. Politiker fanden bei der Suche nach Geldquellen nicht selten willige Helfer unter den Beamten der Steuerbehörden, die sich zu Instrumenten des Drucks auf Unternehmen machten, bei allen betroffenen Unternehmen genügte der kaum verhüllte Hinweis auf mögliche Steuerprüfungen. Illegale Geldzuwendungen finden

sich bei Politikern aller Lager, wenn sich auch der Eindruck aufdrängt, daß die Staatsanwaltschaft bei Oppositionspolitikern der GNP genauer hinsieht als bei Vergehen von Politikern der regierenden Koalition; de facto hat die Regierung 1998/99 die Drohung mit Untersuchungen von illegaler Geldbeschaffung als Hebel angesetzt, um GNP-Politiker zum Überwechseln in den größten Regierungspartner, den National Congress for New Politics (NCNP) eingesetzt.

Schon die legale Geldbeschaffung von Politikern läßt Zweifel an der „Wertfreiheit“ der gewaltigen Firmenspenden aufkommen. Plötzlich ist auch der NCNP an dem Geldsegen beteiligt, nachdem in Zeiten der Opposition die Spenden nur spärlich flossen. So konnte ein NCNP-Kandidat im Juli, vor Nachwahlen in Seoul, anlässlich einer Spendenparty 1.500 Gäste aus der Wirtschaft begrüßen, die natürlich für die Teilnahme an der Party kräftig bezahlt hatten. Die Topmanager der großen südkoreanischen Unternehmen trafen auf Vertreter des Präsidentenstabes und Repräsentanten der NCNP-Führung, auch der Bürgermeister von Seoul war anwesend. Die Party war nur ein Höhepunkt im üppigen Spendensegen für den NCNP im Jahre 1998: Allein im ersten Halbjahr konnte die große Regierungspartei 16,4 Mrd. Won an Zuwendungen registrieren, das 110fache der Einnahmen im selben Zeitraum 1997. Auch der kleine Koalitionspartner ULD sammelte 6,9 Mrd. Won, das 18fache des Vorjahres in der Zeit zwischen Januar und Juni 1998 ein. Nach dem Gesetz über politische Spenden dürfen eine Organisation/ein Unternehmen bis zu 200 Mio. Won spenden, Einzelpersonen bis zu 50 Mio. Won, und die Spenden fließen reichlich an die Koalition. Dagegen mußte die GNP drastische Einbußen hinnehmen; sie konnte im ersten Halbjahr 1998 gerade einmal 1,3 Mrd. Won einnehmen, ein Rückgang von über 78% (60 Mrd. Won, 1. HJ 1997). Jeder NCNP-Abgeordnete erhielt im Schnitt 180 Mio. Won an Zuwendungen (KH, 2.9.98).

Wenige Tage nach Veröffentlichung der Spendeneinnahmen wurden zwei Abgeordnete von der Staatsanwaltschaft angeklagt: Ein GNP-Politiker soll als Unternehmer 18,3 Mrd. Won an Firmengeldern in die Kassen der GNP als Schwarzgeld umgeleitet haben, davon soll er 4,3 Mrd. Won auch noch für persönliche Zwecke veruntreut haben. Auch ein NCNP-Politiker wurde verhaftet: Der Präsident des koreanischen Baseball-Verbandes und Abgeordnete des NCNP soll von einer Firma 40 Mio. Won an Bestechungsgeldern erhalten haben, um Firmeninteressen zu fördern. Zwei andere GNP-Abgeordnete konnten anfangs nicht festgenommen werden, weil sie nicht vor der Staatsanwaltschaft erschienen, auch sie sollen der Vorteilsnahme und der Beschaffung illegaler Wahlkampfspenden schuldig sein. Die Staatsanwaltschaft führte 1998 Ermittlungsverfahren gegen mindestens 20 frühere und aktive Abgeordnete. Die GNP warf der Staatsanwaltschaft vor, mehrheitlich gegen Abgeordnete ihrer Partei zu ermitteln, vor allem Parteichef Lee Hoi-chang selbst geriet ins Zwielicht, da zwei seiner Wahlkampfmanager von 1997 Mitarbeiter der Steuerbehörden zur Beschaffung von Wahlkampfspenden in Höhe von ca. 3,8 Mrd. Won gezwungen haben sollen (KH, 4.9.98). In seiner Not suchte Lee bei drei ehemaligen (korruptionserfahrenen) Präsidenten, Chun Doo-hwan, Roh Tae-woo und Kim Young-sam, Rat. Besonders schwierig war dabei das Gespräch mit Kim Young-sam,

der sich vor den Wahlen 1997 geweigert hatte, auf Drängen Lee Hoi-changs (damals Präsidentschaftskandidat) eine Untersuchung gegen Kim Dae-jung einzuleiten, weil dieser angeblich illegale Wahlkampfgelder auf Konten von Familienangehörigen „geparkt“ hatte. Nach der Entscheidung gegen Lee eskalierte der Konflikt zwischen beiden Politikern bis zum Austritt Kims aus Lees Partei (KH, 10.9.98). Als Ergebnis der gezielten Untersuchungen gegen Lee und die GNP - wie die Opposition es sah - drohte der GNP-Chef mit dem Boykott des Parlaments (ebd.); dieser Boykott begann mit dem ersten Tag der Parlamentssession 1998, also am 10. September (KH, 11.9.98). Drei Tage später stellte sich der Hauptverdächtige in der illegalen Spendenbeschaffung für Lee Hoi-chang, der GNP-Abgeordnete Suh Sang-mok, der Staatsanwaltschaft, nachdem er sich wochenlang geweigert hatte, vor den Strafverfolgern auszusagen (KH, 15.9.98). Die Konsensgespräche zwischen GNP und der Regierung zur Beendigung des Boykotts brachen zusammen, als auch der frühere amtierende GNP-Chef Lee Ki-taek wegen Korruptionsvorwürfen vorgeladen wurde; die Staatsanwaltschaft schien damit alle Sorgen der GNP zu bestätigen, die Regierung plane, die größte Oppositionspartei auf rechtllichem Wege zu schwächen (KH, 16.9.98).

Der größte Skandal aber brach zu Beginn Oktober aus: Die Staatsanwaltschaft beschuldigte eine Gruppe von Beratern Lee Hoi-changs versucht zu haben, während der Präsidentschaftswahlen 1997 einen Zwischenfall (Schußwechsel) an der Grenze zu Nordkorea geplant zu haben, um Lee konservative Wähler zuzutreiben. Bei einem Treffen in Beijing sollen sie nordkoreanischen Gesprächspartnern Düngemittel und andere Hilfen versprochen haben, wenn nordkoreanische Grenzsoldaten einen Schußwechsel provozierten (KH, 2.10.98). Drei Männer waren vom Geheimdienst NSP (National Agency for Security Planning, später NIS, s.u.) verhaftet und verhört worden, der Geheimdienst veröffentlichte später den Fall. Die GNP beschuldigte in der wachsenden Spannung zwischen Regierung und Opposition die NSP, die drei Verdächtigen gefoltert zu haben; Präsident Kim sagte eine strenge Untersuchung zu (KH, 7.10.98). Die Untersuchungsbehörden nutzten die Sensibilität des Falles, um gegen Lee Hoi-chang selbst und seine Familie zu ermitteln; die Staatsanwaltschaft konzentrierte sich dabei auf Lees jüngeren Bruder, der von dem Plan gewußt haben sollte (KH, 3.10.98). Die GNP reagierte hilflos auf die Anschuldigungen, gerade als die Angriffe des NCNP am heftigsten waren, erklärte sich die Opposition zögernd bereit, ihren Parlamentsboykott zu beenden und schürte damit die Ansicht, der Verschwörungsverdacht könne irgendwie doch zutreffen (KH, 10.10.98); der Boykott wurde jedoch schließlich fortgesetzt. Die Regierung verschärfte den Druck auf die GNP ständig, indem sie Lee Hoi-chang immer wieder mit dem Komplott zu einem inszenierten Schußwechsel in Verbindung zu bringen suchte und ihn aufforderte, sich für den Vorfall zu entschuldigen, obwohl er jede Beteiligung oder nur Kenntnis davon bestritt (KH, 14.10.98). Die Staatsanwaltschaft stellte schließlich die Ermittlungen gegen den jüngeren Bruder Lees wegen fehlender Beweise ein, aber zweifellos war die Rufschädigung schon geschehen (KH, 27.10.98). Im Dezember wurde Lee Hoe-sung dann doch noch verhaftet, ihm wurde vorgeworfen, in Zusammenar-

beit mit den Steuerbehörden bis zu 15 Mrd. Won von Unternehmen für den Wahlkampf seines Bruders „eingeworben“ zu haben, die Staatsanwaltschaft rechnete mit Flucht- und Verdunkelungsgefahr (KH, 11.12.98).

Der „Schußwechsel“-Fall blieb zweifelhaft, aber Präsident Kim nutzte diese Zweifel bis zuletzt aus, um die GNP unter Druck zu setzen, indem er die Staatsanwaltschaft ausdrücklich aufforderte, weiter und gründlicher zu ermitteln (KH, 4.11.98). Die Aussage eines Beteiligten an dem angeblichen Komplott belastete Lee schwer: Der Beschuldigte gab an, Informationen über die Gespräche in Beijing an Lee weitergeleitet zu haben, jetzt ermittelte die Staatsanwaltschaft auch gezielt gegen den GNP-Chef; damit geriet der Waffenstillstand zwischen Regierung und Opposition in Gefahr (KH, 2.12.98). Mitten in heftigen Auseinandersetzungen um den Haushalt 1999 erklärte sich Lee unerwartet bereit, mit der Staatsanwaltschaft zusammenzuarbeiten. Beobachter hatten mit einem „Kuhhandel“ gerechnet: Die GNP stimmt dem Haushalt zu, und im Gegenzug stellt die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren ein (KH, 5.12.98).

Auch die United Liberal Democrats (ULD) gerieten ins Visier der Staatsanwaltschaft: Gegen einen ULD-Abgeordneten der Nationalversammlung wurde wegen des Verdachts der Vorteilnahme in Zusammenhang mit den Kommunalwahlen vom Juni ermittelt, lokale Kandidaten sollen ihm Geld für seine Unterstützung im Wahlkampf gegeben haben (KH, 5.9.98).

1.6 Hohes Ansehen Kims im Ausland

Zumindest im Ausland war Kim Dae-jungs Ansehen hoch; bei fünf Auslandsreisen in zehn Monaten 1998 wurde er als Sieger im Kampf um die Demokratisierung gefeiert: in London (März 1998, ASEM-Konferenz) zusammen mit Nelson Mandela, im Juni in den USA, im Oktober in Japan, im November in China und im Dezember in Vietnam. Auslandsbesuche südkoreanischer Präsidenten waren früher buchstäblich Vergnügungsreisen (Chi 1999: 141), Kim aber machte sie zu Instrumenten seiner gezielten Außenpolitik, besonders um das internationale Vertrauen in die südkoreanische Wirtschaft wieder herzustellen und für seine „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber Nordkorea zu werben. Von besonderer Bedeutung war Kims Besuch in Japan, wo der südkoreanische Präsident wie kein anderer koreanischer Politiker zuvor herzlich begrüßt wurde; die bilateralen Beziehungen zwischen den Nachbarn haben in diesem Jahr eine eindeutige Wende zum Besseren genommen. Ein Grund für die warme Aufnahme Kims mag sein, daß kaum ein anderer südkoreanischer Politiker Japan so gut kennt wie der jetzige Staatspräsident (1973 lebte er dort im Exil, von dort wurde er im selben Jahr vom südkoreanischen Geheimdienst entführt). Im Gegensatz zu Kim Dae-jungs Amtszeit hatten die japanisch-südkoreanischen Beziehungen (aus japanischer Sicht) unter seinem Vorgänger Kim Young-sam einen Tiefstand erreicht: Die demonstrativen Abbrucharbeiten an den alten Gebäuden der japanischen Kolonialverwaltung, ein hoch gespielter Territorialstreit um das Inselchen

Tokto (jap. Takeshima, das Vorgehen der Koreaner wurde in Japan als „Annexion“ gewertet) und schließlich die scharfen Angriffe Kim Young-sams gegen Japan wegen historischer Vergehen und des fehlenden Schuldbewußtseins in Japan auf einer Pressekonzferenz anlässlich der Feierlichkeiten beim Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin belasteten die Beziehungen; die öffentliche Meinung in Japan war eindeutig antikoreanisch. Diese Tatsache äußerte sich auch darin, daß die japanische Regierung sich im November 1997 weigerte, an Südkorea weitere Notkredite auszureichen, und statt dessen auf den IWF verwies (Chi 1999: 141). Mit Amtsübernahme Kim Dae-jungs änderte sich die südkoreanische Strategie gegenüber Japan: Der langwierige Streit um Fischereirechte in den Gewässern zwischen beiden Staaten endete mit einem Kompromiß, und das Einfuhrverbot für japanische „Produkte der Massenkultur“ (i.e. vor allem Trickfilme, jap. *animé* [von „animation“] und Comics, jap. *manga*) sollte weitgehend gelockert werden. Die koreanische Regierung kündigte eine offizielle Einladung für den Tenno an - Präsident Kim sprach sie bei seinem Japanbesuch offiziell aus -, und für Juli 1999 wurde eine Aussetzung der Beschränkungen für Importe aus Japan zugesagt (*Newsreview*, 10.10.98: 4-7).

1.7 Auf der Suche nach einer parlamentarischen Mehrheit

Das Hauptproblem für die Führung Kim Dae-jungs blieb die Innenpolitik. Im Parlament hatte die GNP zusammen mit den anderen Oppositionspolitikern noch immer die absolute Mehrheit (die Hannara stellte allein die größte Fraktion) und blockierte alle Gesetzentwürfe der Minderheitsregierung unter Kim Jong-pil. Monatelang mußte Regierungschef Kim Jong-pil nach seiner Ernennung durch Präsident Kim als „amtierender“ Ministerpräsident die Geschäfte führen, weil das Parlament ihn nicht durch Wahl förmlich bestätigte. Bis zum September 1998 gelang es der Regierung jedoch, durch geschicktes Taktieren die Mehrheitsverhältnisse umzukehren: Mit Zuckerbrot und Peitsche warb sie Abgeordnete der Opposition ab; Zuckerbrot war die Zusage hoher Positionen, Peitsche die Drohung mit Verfahren wegen unerlaubter Wahlfinanzierung. Präsident Kim hatte für die Zeit nach den Kommunalwahlen (4. Juni) eine grundlegende Umstrukturierung von Regierung und (wenn möglich auch) Parlament angekündigt; die Wahlergebnisse sollten zum Maßstab werden für die Entscheidung der Abgeordneten, welcher Seite sie letztendlich angehören wollten - Regierung oder Opposition. Schließlich verfügten der NCNP über 105 Sitze, die ULD über 53, damit hatten beide Parteien zusammen die absolute Mehrheit erreicht. Die GNP schrumpfte auf 137 Mandate, blieb aber stärkste Fraktion. Deswegen war es Ziel des NCNP und der Regierungskoalition, weitere 20 Abgeordnete von der GNP abzuwerben und mit ca. 130 Abgeordneten zur stärksten parlamentarischen Kraft zu werden. Dieser Kampf um die Kontrolle des Parlaments nahm einen Verlauf, der nicht für die Reife der politischen Kultur in Südkorea sprach (s.u.).

2 Die wichtigsten Ereignisse der südkoreanischen Innenpolitik 1998/99

2.1 Noch immer Probleme mit Geheimdienst und Sicherheitsgesetzen

Auch 1998 setzte die Regierung ihre Versuche fort, dem berüchtigten Geheimdienst ein neues Image anzupassen (vgl. Köllner, *Korea 1998*: 120-22) und die Sicherheitsgesetze wenigstens teilweise zu entschärfen. Nachdem schon unter Chun Doo-hwan 1981 offiziell die ehemalige Korea Central Intelligence Agency (KCIA) in Agency for National Security Planning (NSP) umbenannt worden war, sollte sie von 1999 an National Intelligence Service (NIS) heißen, am 22. Januar 1999 wurde sie offiziell umbenannt (Yonhap, engl., 19.1.99, in: SWB, 22.1.99). Es bleibt zweifelhaft, ob diese „Reform“ eines Geheimdienstes, der jahrzehntelang das wichtigste Unterdrückungsinstrument autoritärer Regimes war - nicht zuletzt Präsident Kim Dae-jung war Opfer der KCIA -, wirklich einen neuen Geheimdienst schafft. Das frühere Motto „Wir arbeiten im Schatten für das Licht“ wird durch den Slogan „Information und Wissen ist nationale Kraft“ ersetzt. Die NIS hofft, auf diesem Wege das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Der Geheimdienst war vom früheren Präsidenten Park Chung-hee gegründet worden, den Aufbau des Geheimdienstes übernahm Kim Jong-pil - heute Regierungschef unter einem Staatspräsidenten, der selbst jahrelang vom damaligen KCIA verfolgt wurde. Seit der Amtsübernahme Kim Dae-jungs ist der Geheimdienst zwar umfassend organisatorisch umgebaut worden, Hunderte von Agenten, die sich in innenpolitische Vorgänge eingemischt hatten, wurden entlassen, und gegen den ehemaligen Chef der NSP, Kwon Young-hae, wurde zusammen mit einigen führenden Mitarbeitern wegen einer Verleumdungskampagne gegen den jetzigen Präsidenten im Wahlkampf 1997 ein Strafverfahren eröffnet (*Newsreview*, 2.5.98: 7). Es bleibt aber zweifelhaft, ob z.B. die parlamentarische Kontrolle des Geheimdienstes oder auch die Aufsicht durch das Blaue Haus (d.h. den Amtssitz des Präsidenten) ausreicht. Vielmehr signalisierte eine personelle Umgruppierung der Präsidentenberater im Blauen Haus größeren Einfluß des NIS auf den Präsidenten: Die Nr. 4 im NSP, Lee Kang-rae, wurde Chefberater für politische Fragen und damit einer der wichtigsten Sprecher für den Präsidenten (*Newsreview*, 23.5.98: 7). Die NSP/NIS ist auch bei der Behandlung nordkoreanischer Überläufer ins Zwielficht geraten: Neun Überläufer haben gegen den Geheimdienst eine Klage wegen körperlicher Mißhandlung eingereicht; sie fordern Schadenersatz, weil sie nach ihrer mühsamen Flucht aus Nordkorea von Geheimdienstbeamten „geschlagen und verflucht“ worden seien (*NZZ*, 20./21.2.99). Ohnehin ist die Lage der Überläufer in der südkoreanischen Gesellschaft äußerst schwierig, weil sie Probleme haben, sich anzupassen; das „Begrüßungsgeld“, das sie erhalten, reicht gerade aus, um sich ein Apartment zu kaufen. Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise haben sie Probleme, einen auskömmlichen Arbeitsplatz zu finden (*IHT*, 6./7.2.99).

Auch hinsichtlich einer Lockerung des internen Sicherheitsgesetzes, unter dessen Maßgaben Kim Dae-jung selbst einmal verfolgt wurde, zeigte sich der Präsident

unnachgiebig: Gegenüber dem Generalsekretär von Amnesty International Pierre Sane betonte Kim, daß Südkorea technisch noch immer im Krieg mit Nordkorea sei und deshalb eine scharfe Waffe im Kampf gegen Unterwanderungen durch nordkoreanische Agenten und Propagandisten nötig sei. Auch der Vollzug hoher Haftstrafen wegen politischer Vergehen gegen das Sicherheitsgesetz sei gegenwärtig noch erforderlich; allerdings werde die Regierung eine Novellierung des Sicherheitsgesetzes in Angriff nehmen, sobald die Wirtschaftskrise abgeklungen sei (*Newsreview*, 19.9.98: 6).

Das Gesetz zur Nationalen Sicherheit (GNS) soll trotz aller Vorbehalte endlich einer Überprüfung unterzogen werden, die Arbeiten an der Novellierung haben begonnen. Nach Maßgaben des GNS können fast willkürlich z.B. Kunstwerke, publizistische Äußerungen, Mitarbeit oder Kontakte mit „pronordkoreanischen Organisationen“ in Südkorea, inoffizielle Kontakte mit nordkoreanischen Partnern, z.B. in Drittländern, als Verstöße gewertet werden und Strafverfahren nach sich ziehen. Vor allem ist das strafbare sog. „Lob für Nordkorea oder für eine staatsfeindliche Organisation“ (Artikel 7 bedroht eine solche Handlung mit bis zu sieben Jahren Haft) ein Gummiparagraph, der Willkür jeder Art erlaubt. Zwischen 1964 und 1998 sind nach Angaben von Menschenrechtsgruppen in Südkorea 12.000 Personen wegen Verstößes gegen das GNS verurteilt worden. Das Gesetz trat 1948 in Kraft, aber Anfang der 80er Jahre verknüpfte Präsident Chun Doo-hwan das GNS mit dem Antikommunismusgesetz (verabschiedet unter Park Chung-hee, 1963). Kritik gegen das Gesetz in seiner jetzigen Form kommt aus den Reihen von Menschenrechtlern in Südkorea, aber auch von Amnesty International und der Menschenrechtskommission der UNO. Eine Gesetzesreform ist äußerst schwierig, weil die ULD unter Kim Jong-pil sich nachdrücklich dagegen wehrt, auch die GNP widersetzt sich vehement einer Novellierung (*Newsreview*, 20.2.99: 7; XNA, 12.2.99). Der Präsident hat mit Hinweis auf die schwierige wirtschaftliche Lage und die fortdauernde Bedrohung aus Nordkorea zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Revision des GSP gegenüber Amnesty International kategorisch abgelehnt (*KH*, 10.9.98). Justizministerium, Regierungskoalition und Bürgerinitiativen stehen sich also unversöhnlich gegenüber; eine Einigung über den rechtlichen Status einer geplanten Menschenrechtskommission in Korea zur Kontrolle der Handhabung des GNS scheint unmöglich, wenn auch die Medien dafür plädieren, sie neben der Regierungsorganisation zu etablieren („Tasks to Enhance Human Rights“, in: *Korea Focus* 7, 1, Jan-Feb 1999, S.148-149).

2.2 Skandal in Raum 529?

Besonders peinlich für den Präsidenten war die Entdeckung einer Abhörzentrale des Geheimdienstes im Parlamentsgebäude Ende 1998, die seit langer Zeit existierte und offenbar auch unter Kim Dae-jung nicht aufgelöst worden war. Oppositionspolitiker hatten den inzwischen berühmten Raum 529 gewaltsam aufgebrochen und Dokumente mitgenommen, die beweisen sollten, daß der NSP/NIS regelmäßig besonders

Oppositionspolitiker observiert hatte. Später teilte ein GNP-Parlamentarier mit, die Unterlagen bewiesen, daß 22 Politiker des NCNP, 20 GNP-Politiker und zwei Politiker der ULD observiert worden seien. 22 V-Leute im Parlament hätten die NSP mit Informationen beliefert, sei aus den Dokumenten zu entnehmen, erklärte die GNP (Yonhap, engl., 4.1.99, in: SWB, 6.1.99). Die NSP/NIS dagegen behauptete, die entwendeten Dokumente enthielten lediglich Zusammenfassungen von Pressebeiträgen einzelner Politiker (*IHT*, 5.1.99). Die größte Oppositionspartei GNP hatte die Parlamentsarbeit wegen dieses Skandals blockiert (*FEER*, 21.1.99: 27). Die NSP legte bei der Staatsanwaltschaft in Seoul Beschwerde gegen den GNP-Präsidenten Lee Hoi-chang ein und warf ihm widerrechtliche Aneignung vertraulicher Dokumente vor (Yonhap, engl., 2.1.99, in: SWB, 4.1.99). Anfang 1999 suchte auch die Regierungskoalition gegen die Oppositionspolitiker vorzugehen, die in Raum 529 eingedrungen waren, zehn von ihnen wurden mit einem Ermittlungsverfahren überzogen, zweifellos ein Mittel der Einschüchterung. Die GNP ihrerseits reichte eine Klage gegen den NSP-Direktor wegen Verstoßes gegen das NSP-Gesetz ein (Yonhap, engl., 6.1.99, in: SWB, 7.1.99).

Ein weiteres Ereignis rückte den Geheimdienst ins Zwielficht und bereitete dem Präsidenten eine außenpolitische Peinlichkeit; Außenminister Park Chung-soo kostete sie das Amt. Rußland hatte im Juli einen südkoreanischen Botschaftsmitarbeiter ausgewiesen, nachdem dieser versucht hatte, einen russischen Beamten zu bestechen, um geheimes Material über Nordkorea zu erhalten. Die Regierung in Seoul hatte daraufhin einen russischen Diplomaten ausgewiesen; im Gegenzug verlangte Moskau von der südkoreanischen Regierung, weitere fünf Diplomaten aus Moskau abziehen - bei allen Ausgewiesenen handelte es sich um Geheimdienstmitarbeiter der (noch) NSP unter diplomatischer Deckung; Südkorea lief Gefahr, seinen gesamten Aufklärungsapparat in Moskau zu verlieren, der aus acht Mitarbeitern bestand. Außenminister Park gestattete auf Drängen des russischen Kollegen Primakov dem ausgewiesenen Russen eine kurze Rückkehr nach Seoul, um zu packen. Die NSP nahm diese Entscheidung zum Anlaß, den verhaßten Kritiker des Geheimdienstes, eben Außenminister Park, öffentlich anzugreifen - und Präsident Kim stellte sich auf die Seite des Geheimdienstes: Am 4. August entließ er Park (AFP/dpa/Reuters/SZ, 5.8.98; „Spy Wars. Seoul fails to rein in its intelligence agency“, in: *FEER*, 20.8.98: 26). Der Schaden für die südkoreanische Regierung war kaum abzuschätzen: Vertrauliche Informationen aus Moskau sind für die Nordpolitik Seouls von vitaler Bedeutung, denn noch immer hat Moskau enge Verbindungen zu Pyongyang.

2.3 Amnestie und Verbesserung der Menschenrechtssituation

Das neue Jahr 1999 begann jedoch mit einer versöhnlichen Geste des Präsidenten bei der ansonsten harten Strafverfolgung tatsächlicher oder angeblicher Sympathisanten und verurteilter Spione Nordkoreas. Anläßlich des Tages der Befreiung amnestierte der Präsident mehr als 8.000 Häftlinge, darunter auch 17 Strafgefangene, die wegen

Spionage für Nordkorea zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren, die meisten hatten mehr als 20 Jahre in Haft verbracht. Die Maßnahme war auch als Zeichen guten Willens gegenüber dem Norden gedacht, wo gegenwärtig 300 Südkoreaner in Haft gehalten werden. Die amnestierten Häftlinge, darunter ein Gefangener, der seit 41 Jahren im Gefängnis saß, sollten in den Norden ausreisen dürfen, vorausgesetzt, Pyongyang würde die südkoreanischen Gefangenen ausreisen lassen. Alle 17 weigerten sich, eidesstattlich zu versichern, niemals wieder gegen Südkorea tätig zu werden; eine solche Versicherung ist eigentlich Voraussetzung für eine Freilassung, Präsident Kim verzichtete jedoch darauf (*Financial Times*, 23.2.99). Die Amnestie wurde am ersten Jahrestag der Amtseinführung Kim Dae-jungs ausgesprochen und gilt außer für die 17 Häftlinge unter dem Sicherheitsgesetz noch für insgesamt 8.800 Straftäter, die entweder bereits auf Bewährung frei sind oder aber, statt eine Haftstrafe anzutreten, eine Geldbuße entrichten dürfen. Die 17 politischen Häftlinge saßen unter verschärften Bedingungen ein: Sie durften nicht mit anderen Gefangenen reden und bis 1998 keinen Besuch empfangen (*IHT*, 22.2., 23.2.99). Der Sohn des Amtsvorgängers Kim Dae-jungs, Kim Hyun-chol, wurde nicht amnestiert, da sein Verfahren noch nicht abgeschlossen ist (Yonhap, engl., 22.2.99, in: SWB, 23.2.99). Die Maßstäbe, nach denen die Amnestie angewendet wurde, stießen in den Medien auf Kritik: So wurden zwar verurteilte Beteiligte am Hanbo-Skandal freigelassen, die zur herrschenden Politikelite der gegenwärtigen Koalition zählen, nicht aber jene, die dem Kreis um Kim Young-sam zugerechnet werden. Auch verstieß die Regierung gegen ihre eigenen Beteuerungen, indem sie 1.400 Straftäter amnestierte, die gegen Wahlgesetze verstoßen hatten; sie alle waren wegen Wahlvergehen in den Kommunalwahlen von 1995 verurteilt worden und hätten ihre Mandate und politischen Funktionen verlieren müssen. Die Regierung hatte wiederholt versichert, sie werde jeden verurteilten Politiker seines Mandates entheben oder seine zukünftige politische Arbeit einschränken, aber keiner dieser Schritte wurde unternommen, vielmehr erhielten alle Amnestierten ihre bürgerlichen Ehrenrechte zurück („Amnesty and the Law“, *Chosun Ilbo*, in: *Korea Focus* 6, 4, Jul-Aug 1998, S.94-95).

Schließlich wurde auf Kabinettsbeschluß unter Vorsitz Präsident Kim Dae-jungs die Bildung einer Nationalen Menschenrechtskommission möglich. Diese unabhängige Kommission soll sämtliche Verfehlungen der Strafverfolgungsbehörden, Verletzungen der Gleichheit vor dem Gesetz der Geschlechter, der Religionen, des Alter, des sozialen Status, der Rasse, der Hautfarbe, des Geburtsorts oder der politischen Meinung aufklären und die Einhaltung der Menschenrechte überwachen. Behinderungen der Kommissionsarbeit werden mit bis zu fünf Jahren Haft und bis zu 10 Mio. Won Geldstrafe bestraft. Die Mitglieder der Kommission werden vom Präsidenten auf Vorschlag ernannt, je drei werden vom Parlamentssprecher und vom Obersten Richter vorgeschlagen, weibliche Mitglieder sind vorgeschrieben. Acht Verletzungen grundlegender Menschenrechte werden in dem Gesetz zur Kommission ausdrücklich genannt, darunter illegale Verhaftung und Festnahme, Beschlagnahmungen und Durchsuchungen, illegales Telefonabhören durch Sicherheitsbehörden und Behinderung der Kommissionsarbeit. Die Regierung kann nur auf Ersuchen

der Kommission weitere Mitglieder entsenden, diese müssen dann auf anderen Gebieten als in ihren Fachbehörden arbeiten. Der Haushalt der Kommission setzt sich aus staatlichen und privaten Spenden zusammen, die Regierung hat kein Recht zur Prüfung der Bücher (Yonhap, engl., 30.3.99, in: SWB, 31.3.99; KH, 5.11.98).

3 Machtkampf im Parlament

Die Koalitionsregierung unter Kim Jong-pil mußte 1998 monatelang gegen eine deutliche Mehrheit der Oppositionsparteien im Parlament ankämpfen und blieb mit zahlreichen Gesetzentwürfen vor dieser Mehrheit stecken; auch die Bestätigung Kim Jong-pils als Regierungschef verzögerte sich durch die Blockadehaltung der Opposition. Daraufhin entschieden sich die Regierung und die sie tragenden Parteien für eine Abwerbungskampagne, die schnell zu beachtlichen Erfolgen führte. Es begann im April 1998 mit dem Seitenwechsel von fünf Abgeordneten der GNP, die im Parlament die stärkste Fraktion stellte. Die fünf schlossen sich der Partei Kim Dae-jungs (National Congress for New Politics, NCNP) an, damit sank die Fraktionsstärke der GNP von 158 auf 153. Die GNP hatte in den Wahlen von 1996 139 Mandate errungen, 11 Mandate weniger als die absolute Mehrheit; nachdem sich andere Oppositionspolitiker der GNP angeschlossen hatten, wurde sie stärkste parlamentarische Kraft. Anfang Mai 1998 war deutlich, daß auch andere GNP-Parlamentarier sich bereitmachten, ihre Partei zu verlassen und sich dem NCNP oder den Vereinigten Liberaldemokraten (ULD, Chef: Kim Jong-pil) anzuschließen. GNP-Sprecher beschuldigten Regierung und Regierungsparteien, gegen die GNP-Abgeordneten eine Einschüchterungskampagne zu führen, um sie zum Seitenwechsel zu bewegen, auch arbeite die Regierung mit „unmoralischen“ Verlockungen, um die Opposition zu zerstören (*Newsreview*, 2.5.98: 7). Nach den Kommunalwahlen verschärfen sich die Austrittstendenzen in der GNP, obwohl die Partei im August schließlich bereit war, Kompromisse mit der Regierung einzugehen (z.B. die Wahl Kim Jong-pils), aber die Regierungskoalition ließ in ihrem Werben um GNP-Parlamentarier nicht nach: Am 25. August war die Zahl der GNP-Abgeordneten schon auf 150 (von insgesamt 299 Mandaten in der Nationalversammlung) geschrumpft. Weitere Abgeordnete aus Seoul, Kyonggi und Kangwon schienen bereit, ebenfalls die GNP zu verlassen; einige planten offenbar, eine eigene Partei zu gründen. Bei der Wahl des Parlamentsprechers hatten mehr GNP-Abgeordnete für den ULD-Kandidaten gestimmt, als erwartet worden war, nachdem der Fraktionszwang aufgehoben war (*Newsreview*, 29.8.98: 6). Ende August fusionierte die „Neue Partei für das Volk“ (NPP) unter Rhee In-je mit dem NCNP (KH, 31.8.98). Damit stieg die Zahl der Abgeordneten von NCNP und ULD auf zusammen 143 Sitze; die GNP verfügte noch immer über 150. Hinter der Fusion stand offensichtlich die unverhüllte Drohung der Regierung, gegen den früheren Präsidenten Kim Young-sam ein Strafverfahren wegen wirtschaftlichen Mißmanagements einzuleiten und dabei auch gegen ehemalige Mitarbeiter zu ermitteln, von denen viele in der NPP waren; aber auch die Zusage an Rhee

In-je, einen hohen Posten im NCNP zu erhalten, dürfte die Fusion beschleunigt haben (KH, 31.8.98). Die Manöver der NPP-Politiker werfen ein bezeichnendes Licht auf den Stand der politischen Kultur im Lande: Im September traten sechs NPP-Abgeordnete wieder kurzzeitig aus dem NCNP aus, um noch die Parteisubventionen zu kassieren, die der Staat allen im Parlament vertretenen Parteien gewährt; so erhielt die NPP 348 Mio. Won. Anschließend traten die Sechs wieder dem NCNP bei, der sie für diese Tage „freigegeben“ hatte (KH, 17.9.98). Das Druckmittel einer Anklage wegen Korruption und wirtschaftlichem Mißmanagement griff auch bei GNP-Abgeordneten, von denen ebenfalls viele zu den Beratern Kim Young-sams gehörten. Die NPP hatte schon im Juni mit dem NCNP Fusionsverhandlungen aufgenommen, nachdem sie in Kommunalwahlen keinen höheren Posten erringen konnte (Newsreview, 5.9.98: 7-8). Am 8. September war für die Regierung der Durchbruch erreicht: Vier weitere GNP-Abgeordnete wechselten die Seiten und traten zum NCNP über. Damit verfügte die Regierungskoalition über 153 Sitze, also die absolute Mehrheit (Newsreview, 12.9.98: 8).

Die größte Oppositionspartei hatte aber auch mit Problemen in den eigenen Reihen zu kämpfen: 74 GNP-Abgeordnete, die zum ersten Mal gewählt worden waren, hatten sich zu einer innerfraktionellen Gruppe zusammengeschlossen und leisteten der GNP-Führung bei einer ganzen Reihe von Parteibeschlüssen Widerstand. Im April 1998 setzten sie parlamentarische Anhörungen zu Personalentscheidungen der Regierung durch. Sie waren es, die ihre Fraktion dazu brachten, der Ernennung Kim Jong-pils zum Regierungschef die parlamentarische Zustimmung zu verweigern, womit sie einen schweren innerparteilichen Konflikt auslösten. Schließlich setzte die Gruppe durch, daß alle Parteiposten durch Bewerbungsverfahren besetzt werden. Die jungen Parlamentarier der GNP sind frühere Anwälte, Staatsanwälte; auch Dissidenten und Gewerkschaftsführer finden sich in ihren Reihen; außerdem gehören zwei TV-Moderatoren und ein bekannter Schriftsteller zu der Gruppe. Ihre harte innerparteiliche Opposition hat die ältere Führungselite der GNP verstört; die jungen Politiker verstießen laufend gegen die geheiligte Regel, daß ältere Politiker die Richtung in Partei und Fraktion vorgeben - zwei ältere GNP-Abgeordnete hatten Anfang 1998 wegen der Gruppe bereits die Partei verlassen. Auch die Regierung kritisierte die Gruppe der Jungen heftig und warf ihr vor, wichtige Gesetzesvorhaben nur zu blockieren, um ihre innerparteilichen Ziele in der GNP durchsetzen zu können. Die Gruppe schien unbeirrt; zu weiteren Vorhaben der Jungparlamentarier gehörte der Vorstoß, den Haushaltsausschuß zu einem ständigen Ausschuß zu machen und die Namen von Abgeordneten bekanntzumachen, die für oder gegen ein Gesetzesvorhaben sind. Die Stärke der Gruppe in der GNP-Fraktion gründet sich zum einen auf ihre zahlenmäßige Macht: Mit 74 Abgeordneten der (damals) 160 GNP-Abgeordneten stellten sie 46% der Parlamentarier. Weiter zeigten sie eine für koreanische Verhältnisse ungewöhnliche innere Geschlossenheit (Newsreview, 2.5.98: 12-13).

Nach monatelangem Tauziehen wurde der amtierende Regierungschef Kim Jong-pil schließlich am 17. August vom Parlament in seinem Amt bestätigt; er erhielt 171

von 255 Stimmen: 65 Abgeordnete stimmten gegen ihn, sieben enthielten sich der Stimme, 12 abgegebene Stimmen waren ungültig. Die parlamentarische Bestätigung Kim Jong-pils verlieh ihm im politischen Entscheidungsprozeß endlich ein größeres Mitspracherecht. Zuvor hatten der NCNP und das Blaue Haus die wichtigsten politischen Richtungen vorgegeben, Kim Jong-pil und die ULD hatten eher eine Nebenrolle. Der „amtierende“ Regierungschef (seine Ernennung durch den Präsidenten brachte eine Verfassungskrise) hatte sich bis zu seiner Wahl sogar geweigert, die offizielle Residenz des Ministerpräsidenten zu beziehen. Jetzt hätte die Machtteilung, die zwischen NCNP und ULD vereinbart worden war, endlich greifen können (KH, 18.8.98). Die Wahl wurde endlich möglich, nachdem die Regierungskoalition bei der Besetzung der Vorsitzenden in den 16 ständigen Ausschüssen des Parlaments gegenüber der GNP Zugeständnisse gemacht hatte: Die GNP erhielt acht Posten, darunter den Vorsitz im mächtigen Ausschuß für Gesetzgebung und Rechtsfragen, vier Vorsitzendenposten gingen an den NCNP, drei an die ULD und ein Posten fiel an die Splitterpartei „Neue Partei für das Volk“ (NPP; s.o.). Das schwierigste Problem, das zuvor zu lösen war, betraf die Besetzung des Posten des Sprechers des Parlaments. Der NCNP beanspruchte den Posten, um eine reibungslose Parlamentsarbeit zu sichern, die GNP erhob Ansprüche wegen ihrer Stellung als stärkster Fraktion im Parlament. Angesichts wachsenden Unmuts in der Öffentlichkeit über die endlosen Streitigkeiten in der Nationalversammlung gaben schließlich alle Fraktionen die Wahlentscheidung ihrer Abgeordneten frei; so wurde ein ULD-Abgeordneter zum Sprecher des Hauses gewählt (KH, 18.8.98; *Newsreview*, 22.8.98: 12).

4 Offener Konflikt in der GNP

Am 31. August wurde Lee Hoi-chang, ehemaliger Präsidentschaftskandidat und harter Kritiker Kim Dae-jungs, zum Chef der größten Oppositionspartei GNP gewählt. Lee besiegte zwei Gegenkandidaten in dem Wahlgang zur Parteipräsidentschaft auf dem Parteitag der GNP in Seoul; auf ihn entfielen 4.083 Stimmen der 7.326 Delegierten (55,7%). Der innerparteiliche Wahlkampf wurde mit den inzwischen gewohnten gegenseitigen Verleumdungen und Beleidigungen geführt und entwickelte sich auch zu einem Generationenkonflikt, dennoch siegte mit Lee Hoi-chang ein Politprofi (KH, 21.8.98). Die Wahl Lees signalisierte eine härtere Linie der größten Oppositionspartei und zu jenem Zeitpunkt noch stärksten Fraktion im Parlament in der Auseinandersetzung mit der Koalitionsregierung und den Regierungsparteien, aber der neue Parteichef betonte auch seine Dialogbereitschaft mit dem Präsidenten und den Regierungsparteien. Immerhin ging es um das parlamentarische Überleben der GNP, denn der NCNP und die ULD warben heftig um Überläufer aus den Reihen der GNP; schon wenige Stunden nach Lees Wahl ging die absolute Mehrheit der GNP verloren, zwei weitere GNP-Parlamentarier hatten die Partei verlassen (die GNP hatte nun 148 der 299 Sitze). Andererseits konnte Lees Wahlsieg

auch bedeuten, daß die innerparteilichen Konflikte an Schärfe zunehmen würden. Zur Vorbeugung gegen eine solche Tendenz ernannte der Parteitag auf Vorschlag Lees den bisherigen Parteichef Cho Soon zum Ehrenpräsidenten der GNP; trotz dieser versöhnlichen Geste aber konnte Lee seine Kandidaten für die Vizepräsidentschaft der Partei nicht ohne Widerstände durchsetzen. Cho hatte es während seiner Amtszeit als GNP-Chef nicht vermocht, die regionalen und personellen Faktionen in der GNP zu einen; er war im August zurückgetreten, nachdem es ihm nicht gelungen war, die Wahl eines ULD-Parlamentariers zum Sprecher der Nationalversammlung zu verhindern. Bis zur Wahl Lee Hoi-changs hatte einer der Faktionsbosse, Lee Ki-taek, die Partei kommissarisch geführt; er stellte sich hinter die Kandidatur Lee Hoi-changs und sicherte damit endgültig den Erfolg Lees ab (*KH*, 28.8.98). Zusammen mit Lee Ki-taeks Gruppe und der Unterstützung durch Kim Yoon-hwan und seine Delegierten aus Taegu und Nord-Kyongsang (die sog. Minjong-Gruppe in der GNP) war Lee der Wahlerfolg sicher. Lee Hoi-chang bewies ein beachtliches Maß an Verhandlungsgeschick, denn gerade Lee Ki-taek hatte zuvor für eine „kollektive Führung“ der GNP plädiert, um die (unterlegenen) Faktionsbosse wenigstens indirekt an der Parteiführung zu beteiligen (*KH*, 18.8.98; *Newsreview*, 5.9.98: 9).

Aber es zeigte sich bald, daß die Faktionskonflikte nur übertüncht waren: Kim Yoon-hwan und seine Minjong-Fraktion gingen Ende 1998 auf offenen Konfrontationskurs zu Lee; im Dezember lehnten sieben Minjong-Politiker brüsk die angebotene Parteiämter ab und demütigten so Parteichef Lee. Hinter ihrem Schritt stand die Forderung nach höheren Führungspositionen in der Partei als Gegenleistung für ihre Unterstützung bei Lees Wahl zum Parteichef. Vorangegangen war Kim Yoon-hwans Weigerung, einer der stellvertretenden Parteichefs zu werden, er verlangte die Position des „ersten stellvertretenden Parteichefs“. Die Minjong-Gruppe besteht fast ausschließlich aus sog. „TK-Politikern“, also Abgeordneten, die in der Region Taegu und (Nord-)Kyongsang gewählt wurden. Sie forderten hohe Parteiposten, aber Lee hatte die wichtigsten Positionen mit Gefolgsleuten aus anderen Regionen besetzt; nur die Tochter des früheren Staatspräsidenten Park Chung-hee, Park Keun-hae, wurde einer der stellvertretenden Parteichefs. Kim Yoon-hwan hatte noch einen anderen Grund, Lee anzugreifen: Er behauptete, der Parteichef habe ihn nicht gegen ein Ermittlungsverfahren wegen Korruption schützen können - allein die Erwartung, daß Lee die Staatsanwaltschaft hätte beeinflussen können, wirft ein trübes Licht auf den Zustand der koreanischen Justiz (*KH*, 2.12.98). Der Bruch schien unausweichlich: TK-Politiker forderten Kim auf, mit seiner Gruppe die GNP zu verlassen und eine eigene Oppositionspartei zu gründen. Dazu wären 20 Abgeordnete nötig; wenn alle TK-Parlamentarier mitgezogen hätten, wäre die Bildung einer eigenen Fraktion möglich gewesen (*KH*, 4.12.98). Auch andere Machtgruppen in der GNP begannen, gegen Lee Position zu beziehen und zielten auf Abwahl des Parteichefs, dabei suchten sie den Schulterschluß mit Kims TK-Gruppe (*KH*, 7.12.98).

Der neue GNP-Chef Lee Hoi-chang hatte zwar Kompromißbereitschaft mit der Regierung zugesagt, aber die Konfrontation zwischen NCNP und ULD auf der einen und der GNP auf der anderen Seite eskalierte weiter. Mit dem Vorwurf, die Staats-

anwaltschaft führe Korruptionsuntersuchungen gegen Regierungspolitiker nicht konsequent durch, boykottierte die GNP seit dem 10. September (Eröffnung der Parlamentssession) die Parlamentsarbeit und stoppte so den gesamten Gesetzgebungsprozeß. Im Oktober beschlossen die Regierungsparteien deshalb, auch ohne die GNP die parlamentarische Arbeit fortzusetzen. Es ging vor allem um die Verabschiedung eines Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle von Regierungsstellen und Behörden sowie um die Einsetzung einer parlamentarischen Sonderkommission zu Fragen der Arbeitslosigkeit. NCNP und ULD wollten auch das weitere parlamentarische Procedere für die verbleibenden 70 Tage der Parlamentssession festlegen. Der Fraktionsführer der GNP im Parlament hatte zwar eine Wiederaufnahme der Arbeit in der Nationalversammlung zugesagt, nachdem GNP-Chef Lee Hoi-chang zugeben mußte, von Steuerbeamten Wahlgelder für seinen Präsidentschaftswahlkampf 1997 erhalten zu haben, aber der Parteichef blockierte die Entscheidung des Fraktionschefs. Für die GNP und einige ihrer führenden Mitglieder war bei dem geplanten Alleingang besonders bedrohlich, daß der Fraktionschef des NCNP andeutete, seine Partei werde zusammen mit den ULD in eigener Initiative Untersuchungsverfahren zu angeblichen politischen Verfehlungen der Regierung Kim Young-sam einleiten (*Newsreview*, 10.10.98: 8). Im Mittelpunkt der Verfahren standen zwei hochrangige Berater Kim Young-sams, der ehemalige Finanzminister Kang Kyong-shik und der frühere Präsidentschaftsberater für Wirtschaftsfragen Kim In-ho. Die Verfahren hatten verhängnisvolle Konsequenzen: In den Augen der Öffentlichkeit waren es Schauprozesse, die vom Versagen der Regierung Kim Dae-jung ablenken sollten, und für viele Ministerialbeamte bedeuteten sie ein Menetekel möglicher späterer Strafverfahren. Die ohnehin nicht sehr ausgeprägte Entscheidungsfreude in den Bürokratieapparaten wurde weiter gelähmt („Pointing Fingers. Government draws criticism over trial of former officials“, in: *FEER*, 10.9.98: 21).

Hatte die GNP die parlamentarische Arbeit Ende 1998 und bis Anfang 1999 wochenlang blockiert und damit demokratische Prozesse ad absurdum geführt, so zogen die Regierungsparteien im Januar 1999 nach und demonstrierten ihrerseits souveräne Mißachtung demokratischer Prinzipien: Um ausstehende Gesetze noch vor Ende der Parlamentssession verabschieden zu können, setzten NCNP und ULD kurzerhand die Plenumsberatungen und Abstimmungsverfahren im Parlament außer Kraft: Innerhalb von drei Tagen, beginnend mit dem 5. Januar, peitschten sie 130 Gesetze und Verordnungen durch die Nationalversammlung, obwohl zahlreiche GNP-Parlamentarier versucht hatten, durch Besetzung des Hauses, das Abstimmungsverfahren zu verhindern (Yonhap, engl., 7.1.99, in: *SWB*, 8.1.99). Die Entwürfe wurden nicht diskutiert und keinem Abstimmungsverfahren unterworfen, vielmehr erklärte der Sprecher des Hauses (hinter einer Phalanx von NCNP- und ULD-Abgeordneten) jeden einzelnen Entwurf kurz für verabschiedet, jeder Vorgang dauerte ca. 20 Minuten (Yonhap, engl., 5.1.99, in: *SWB*, 6.1.99). Präsident Kim hatte die Abgeordneten seiner Regierung gedrängt, die Gesetzgebungsverfahren nach den Blockaden der Opposition schnell durchzuziehen (obwohl er selbst die willfährige Gesetzgebungsautomatik früherer Parlamente heftig kritisiert hatte; *Gendai Koria* 1, 2/1999: 3), weil für ihn

die Zeit drängt, in der er Reformprojekte durchsetzen kann - 1999 ist ein Vorwahljahr, im Jahr darauf stehen Parlamentswahlen an. Mit seiner Eile hatte sich der Präsident selbst geschadet: Von den 130 Gesetzen und Verordnungen mußte er 47 an das Parlament zurückverweisen, weil sie nicht seinen politischen Intentionen entsprachen („Push to Shove. Democrat Kim turns parliament into rubber stamp“, in: *FEER*, 21.1.99: 27). Im Mai wiederholte das Parlament dennoch dieses undemokratische Verfahren, dieses Mal peitschte die Regierungskoalition sechs Gesetze in acht Minuten durch das Haus. Besonders bemerkenswert war dabei das Zählverfahren: Die Zustimmung sollte durch Aufstehen signalisiert werden, da aber die meisten Oppositionsabgeordneten schon standen und auf die Regierungsvertreter einschrien, mußte es zwangsläufig zu überwältigenden Zustimmungen kommen ... Unter den acht Schnellgesetzen waren zwei, die dem Präsidenten deutlich mehr Macht geben: Zwei Behörden wurden gesetzlich neu geschaffen und direkt dem Präsidenten unterstellt, eine Behörde zur Beaufsichtigung des öffentlichen Dienstes und eine Haushaltsbehörde; darüber hinaus wird wieder eine staatliche Informationsbehörde (National Information Agency, nicht zu verwechseln mit dem National Information Service, dem Geheimdienst, s.o.) geschaffen, eine Dienststelle also, wie sie Kim bei seinem Amtsantritt aufgelöst hatte, weil er eine staatliche Bevormundung der Medien fürchtete („Power politics, Korean-style“, in: *Economist*, 8.5.99: 67).

Das Gezänk zwischen Südkoreas Parteien ließ die politische Verdrossenheit in der Bevölkerung wachsen; schon die Kommunalwahlen hatten mit der niedrigsten Wahlbeteiligung nach über dreißig Jahren diese Enttäuschung signalisiert. Die tumultartigen Szenen im Parlament mit Sitzblockaden und Rangeleien, die man eher der Vergangenheit zugerechnet hatte, steigerten Wut und Zynismus in der Bevölkerung. Initiativgruppen und Bürgerbewegungen wollen Südkoreas Parlament effektiver machen: Die Vergütungen der Parlamentarier sollen an ihren Leistungen gemessen werden, bisher kosten ein Abgeordneter und sein Stab die südkoreanischen Bürger monatlich 18,5 Mio. Won, d.h. ca. 30.000 DM. Vielen Beobachtern scheint auch die Zahl von 299 Abgeordneten zu hoch, Initiativen planen einen Vorstoß zur Verringerung der Sitze auf 250. Weiter sollen die Parteimitglieder stärker in den Prozeß der Kandidatennominierung in den Parteien eingebunden werden und der politische Entscheidungsprozeß insgesamt soll durchsichtiger werden. Die alleinige Entscheidung der politischen Bosse in Seoul über die Nominierung von Kandidaten ist für die meisten Koreaner die anstößigste Gepflogenheit. Dabei wird auch Kim Dae-jung von der Kritik nicht ausgenommen, auch ihm werfen Kritiker vor, daß demokratische Grundsätze für seine Partei, den NCNP, innerparteilich nicht gelten, weil er nur so einen festen Griff auf die Partei halten könne („Twist and Shout. Citizens demand reform of legislature, election laws“, in: *FEER*, 14.1.99: 15-16). Die Bürgergruppen haben bereits einige Erfolge erzielt; so haben sich die beiden Regierungsparteien darauf geeinigt, daß im Grundsatz zukünftig folgende Regeln gelten sollen:

- Abgeordnete müssen zu Plenarsitzungen und Ausschußsitzungen erscheinen.
- Das Abstimmungsverhalten jedes Abgeordneten bei bestimmten Gesetzentwürfen wird protokolliert und veröffentlicht.
- Die Initiatoren einzelner Gesetze und ihre Befürworter werden öffentlich genannt (ebd.: 16).

5 Kommunal- und Regionalwahlen 1998

Kaum jemals zuvor hatten lokale Wahlen eine solche Bedeutung für die nationale Politik wie 1998: Kim Dae-jung sah in den Wahlen eine Möglichkeit, die Machtverhältnisse im nationalen Parlament zu seinen Gunsten zu verändern, wenn die Wahlergebnisse negative Signale für die Oppositionsparteien bringen würden. Die Kommunal- und Regionalwahlen waren für den 4. Juni angesetzt, die Registrierung der Kandidaten war bis zum 20. Mai abgeschlossen. Die Wahlkommission (Central Election Management Commission, CEMC) hatte 10.038 Kandidaten für 4.428 Posten in der lokalen Politik registriert, darunter 16 Bürgermeister- und Gouverneursposten. Der NCNP ging mit großer Schärfe in den Wahlkampf: Nichts weniger als die nationale Stabilität stünde auf dem Spiel, wenn die Opposition der große Sieger der lokalen Wahlen würde, sagte der NCNP-Chef Cho Se-hyung. Der NCNP und sein Bündnispartner, die UDL, rechneten damit, 12 der 16 ranghöchsten politischen Positionen zu gewinnen. Die ULD wollte ihren Wahlkampf auf die Provinzen Kangwon und Kyongsang, die traditionellen Hochburgen der GNP, konzentrieren. Seouls Bürgermeister Cho Soon, der sein Amt nicht zuletzt dem Einsatz Kim Dae-jungs verdankte, wurde zum schärfsten Gegner des Präsidenten im Wahlkampf. Beobachter begründeten die Attacken Chos auf Kim mit der Sorge des Bürgermeisters, seine Partei könnte sich nach einer Wahlniederlage auflösen (*Newsreview*, 23.5.98: 6). Der Präsident selbst suchte den Eindruck regionaler Neutralität zu vermitteln: Er nahm nicht an den Gedenkfeiern für die Opfer des Aufstandes von Kwangju (1980) teil, sondern entsandte seinen Ministerpräsidenten Kim Jong-pil. Nachdem der NCNP und die ULD im April Nachwahlen gegen die GNP verloren hatten, war es für den Präsidenten wichtig, auf jeden Fall den Eindruck von Bevorzugung seiner Heimatregion im Südwesten des Landes zu vermeiden (*Newsreview*, 23.5.98: 9). Der Besuch in Kwangju fand dann nach den Wahlen, am 26. August, statt (*KH*, 27.8.98).

Die Kommunalwahlen wurden zu einem eindrucksvollen Sieg für die regierende Koalition aus NCNP und ULD. Zwar wurden nicht die erhofften 12 hohen Positionen (Bürgermeister, Gouverneure) gewonnen, aber 10 von 16 zu wählenden Posten fielen an NCNP (6) und ULD (4). Die GNP dagegen siegte in Pusan, Taegu, Ulsan, Süd- und Nord-Kyongsang und in Kangwon. Wieder zeigte sich, daß die regionalen Hochburgen einzelner Parteien nicht durch verstärktes Engagement anderer Parteien zu nehmen sind. Besonders in den beiden letzteren Provinzen konnten ULD und NCNP nicht Fuß fassen; in 25 Wahlbezirken für Bürgermeister, Landräte und Be-

zirksbürgermeister der Region Yongnam (Nord-, Süd-Kyongsang, Pusan, Taegu, Ulsan) konnte die Regierungskoalition nicht einmal Kandidaten finden (KH, 5.6.98). (Jedoch trat der Bürgermeister von Ulsan zusammen mit seiner Mehrheitsfraktion im Stadtrat im September zum NCNP über; KH, 15.9.98.) Dafür errangen NCNP und ULD in Seoul, Inchon und Kyonggi überwältigende Siege. Die Bürgermeisterwahl in der Hauptstadt bildete den Höhepunkt der Wahlen von 232 Bürgermeistern kleinerer Städte und von 4.180 lokalen und regionalen Abgeordneten. Der NCNP gewann alle Posten in Kwangju, Süd- und Nord-Cholla, der Heimat Präsident Kims; die ULD siegte in ihrem „Revier“ Taejon sowie in Süd- und Nord-Chungchong. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,6%, die niedrigste Rate seit 1961 (Parlamentswahlen 1996: 63,9%). Die enttäuschend niedrige Wahlbeteiligung wurde von Sprechern des CEMC auf die Wirtschaftskrise und den schmutzigen Wahlkampf zurückgeführt (KH, 5.6.98; *Newsreview*, 6.6.98: 6-7). Zu den Verlierern der Wahlen gehörten wieder einmal die Frauen: Nur 182 Bewerberinnen von 10.042 Kandidaten errangen einen Posten, d.h. 1,8%, ein deutlicher Abfall gegenüber 1995, als 252 Politikerinnen erfolgreich waren (*Newsreview*, 6.6.98: 8).

In Kommentaren der koreanischen Presse wurden die Wahlen mit Enttäuschung bewertet, fast genau hundert Tage nach dem Amtsantritt Kim Dae-jungs und sechs Monate, nachdem das Land die IWF-Bedingungen akzeptiert hatte. Unter den harten Bedingungen wirtschaftlicher Reformen wurden Parteien und Politiker aufgefordert, Einigkeit zu zeigen. Die Wahlkämpfe hätten deutlich gemacht, daß nicht Lösungsvorschläge zur Überwindung der Krise und die Entscheidung darüber, welcher Politiker die besseren Fähigkeiten zum politischen Management besaß, für den Wahlausgang entscheidend waren, sondern sie hätten wieder nur den Kampf um politische Hegemonie der Parteien in einzelnen Regionen widergespiegelt. Verleumdungen, üble Nachrede und persönliche Angriffe, besonders in den Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen, prägten den Wahlkampf - nicht eine realistische politische Idee tauchte auf. Die Kommunal- und Regionalwahlen wurden ausschließlich zu einem Schauplatz des Machtkampfes zwischen Regierung und Opposition im nationalen Parlament; Einigkeit zwischen beiden Lagern sei die Grundvoraussetzung für eine Bewältigung der wirtschaftlichen Krise, Regierung und Opposition müßten sich flexibel zeigen (*JoongAng Ilbo*, 5., 8.6.98, in: *Korea Focus* 6, 3, May-June 1998, S.98-101; KH, 5.6.98).

6 Kooperation zwischen Regierung und Opposition

Die Wirtschaftskrise zwang schließlich die beiden verfeindeten Lager zusammen: Im November vereinbarten Lee Hoi-chang und Kim Dae-jung die Einrichtung einer Konsultativgruppe aus Regierungsparteien und Opposition, die Beratungen zu folgenden Punkten führen sollte und die parlamentarische Arbeit vereinfachen würde. In ihrem gemeinsamen Kommuniqué hieß es:

- Einrichtung einer paritätischen Kommission zur Bewältigung der Wirtschaftskrise,
- gemeinsame Arbeit an anstehenden Reformgesetzen im Parlament,
- öffentliche Anhörung zu Fragen des wirtschaftlichen Mißmanagements unter Kim Young-sam am 8. Dezember,
- Reform von Politikgesetzen mit dem Ziel von Kostensenkungen und mehr Effizienz,
- gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung regionaler Antipathien und für nationale Harmonie,
- Gemeinsame Lösung strittiger Fragen wie das illegale Abhören im Parlament oder von Korruptionsvorwürfen.

Die GNP hatte sich zu diesem Kompromiß bereitgefunden, nachdem sie im Parlament die absolute Mehrheit verloren hatte und einige ihrer Abgeordneten unter Korruptionsverdacht standen (*Newsreview*, 14.1.98: 5). Wichtigstes Ergebnis dieser ungewohnten Einigkeit war die Vertagung wichtiger innenpolitischer Reformvorhaben, die der südkoreanischen politischen Kultur neues Leben geben sollten. NCNP, ULD und GNP fanden sich in einer unheiligen Allianz wieder, die nur zu gern bereit war, drängende Reformen unbefristet aufzuschieben. Die drei Parteien waren sich einig, die Reformen auf 1999 zu verschieben. Damit blieb die Frage nach dem zukünftigen politischen System - Präsidialdemokratie oder Kabinettsystem - ungelöst (die Regierungskoalition hatte sich vor Amtsantritt unter Druck der ULD tendenziell für das Kabinettsystem entschieden), NCNP und GNP favorisieren nach wie vor das Präsidialsystem. Änderungen im Wahlrecht werden vom NCNP gefordert, ULD und GNP bevorzugen das geltende System. Gegenwärtig werden 253 Abgeordnete in je einem Wahlkreis gewählt, 46 Sitze werden proportional nach Stimmanteil vergeben. Der NCNP möchte das Verhältniswahlrecht stärken, um die regionalen Antipathien aufzufangen, je eine Hälfte der Abgeordneten soll direkt, die andere über eine Verhältniswahl bestimmt werden, schließlich soll das Wahlalter von 20 auf 19 Jahre gesenkt werden (*Newsreview*, 5.11.98: 9).

In einer Bewertung des ersten Regierungsjahres Kim Dae-jungs fand sich GNP-Chef Lee zu unerwartet positiver Wertung bereit und stellte weitere Konsultationen zwischen dem Präsidenten und der größten Oppositionspartei in Aussicht (*Newsreview*, 6.3.99: 8). Wenig später kam es zu einer weiteren Begegnung zwischen Kim und Lee nach dem Novembertreffen. Nach dem Gespräch wurde eine neue Sechs-Punkte-Erklärung herausgegeben, die aber nur deutlich machte, daß zwischen Regierungskoalition und GNP weiterhin tiefgehende Meinungsverschiedenheiten herrschten: Uneins blieben beide Seiten über den Zeitrahmen für grundlegende politische Reformen, die Nordkoreapolitik Kim Dae-jungs und die Umstrukturierung der Großunternehmen, auch hinsichtlich eines Ausbaus des Pensionsystems und der Einführung eines Hearing-Systems bei der Nominierung für die Posten von Oberstaatsanwälten und leitenden Polizeiführern (*Newsreview*, 20.3.99: 8).

7 Risse in der Koalition?

Im März wechselte Präsident Kim unerwartet zwei Minister aus, ein Schritt, der von Beobachtern als Indiz für eine wachsende Spannung zwischen NCNP und dem Juniorpartner ULD gewertet wurde. Nach der Wahl Kim Jong-pils zum Regierungschef ist die Haltung des ULD-Chefs härter geworden: Er klagt eine baldige Umsetzung der Koalitionsvereinbarung über die Einführung eines Kabinettsystems, d.h. die Reduzierung der Macht des Staatspräsidenten, ein. Präsident Kim wechselte neben dem Minister für maritime Angelegenheiten und Fischerei auch den Wissenschaftsminister Kang Chang-hoe aus und ersetzte ihn durch einen Minister aus Süd-Cholla (Kims Heimat). Kang gab als Grund für seinen Rückzug aus dem Kabinett offiziell an, er wolle sich auf die Parlamentswahlen 2000 vorbereiten. Der Grund dürfte jedoch tiefer liegen: Kang ist führendes Mitglied der ULD (bei Gründung der ULD war Kang Generalsekretär); sein Rückzug könnte dazu dienen, auf Präsident Kim Druck auszuüben, die Koalitionsvereinbarung über die Einführung eines Kabinettsystems bis Jahresende umzusetzen. Die Auswechslung des Fischereiministers war lange erwartet worden. Er galt als entschiedener Gegner des südkoreanisch-japanischen Fischereiabkommens (*Newsreview*, 13.2.99: 6). Überdies warfen die Fischerverbände ihm schlechte Verhandlungsführung mit der japanischen Seite vor. Vor allem in den beiden Kyongsang-Provinzen, deren Bürger ohnehin gegen Kim Dae-jung eingestellt sind, gab es heftige Kritik an dem bilateralen Fischereiabkommen (ebd.; XNA, 23.3.99).

Weiteres parlamentarisches Störfeuer gab es von ca. 20 ULD-Abgeordneten, die mit der oppositionellen GNP gegen die Inhaftierung eines GNP-Abgeordneten stimmten (s.o. Abschnitt 1.4). Er wird beschuldigt, 1997 insgesamt 16,6 Mrd. Won (ca. 23 Mio. DM) an illegalen Wahlkampfgeldern von Großunternehmen mit Hilfe leitender Steuerbeamter „herausgeholt“ zu haben. Das Abstimmungsverhalten der ULD-Parlamentarier kann als Kampfansage an den Präsidenten gewertet werden - oder als Versuch, einen Kollegen zu schützen (*Newsreview*, 10.4.99: 7). Konflikte zwischen den beiden Koalitionsparteien waren aber schon viel früher sichtbar geworden: Nur sechs Monate nach Amtsantritt Kim Dae-jungs, im September 1998, hatte ein hochrangiger NCNP-Politiker (Fraktionschef Hahn Hwa-kap) geäußert, der Präsidentschaftskandidat des NCNP im Jahre 2002 sollte nicht aus der Heimatregion Kims (Honam, d.h. vor allem die beiden Cholla-Provinzen) kommen, sondern z.B. aus Chungchong; das wäre die Heimat des ehemaligen NPP-Chefs Rhee In-je, der 1997 gegen Kim Dae-jung angetreten war und seit August 1998 mit seiner Partei dem NCNP beigetreten war (s.o.). Die ULD reagierte verärgert auf die Äußerungen Hahns, die darauf deuteten, daß der NCNP nicht bereit schien, die Abmachungen mit der ULD zu honorieren, d.h. ein Kabinettsystem an die Stelle des Präsidentsystems zu setzen (*KH*, 1.9.98).